

HERAUSFORDERUNGEN

Aus dem umfangreichen Bündel von Herausforderungen sollen nachfolgend fünf vertiefter betrachtet werden:

1. Klimawandel und Klimaanpassung
2. Ökonomischer Strukturwandel
3. Demographischer Wandel
4. Gefahr der sozialen Segregation
5. Neue Anforderungen an „urban governance“

KLIMAWANDEL/KLIMAAANPASSUNG

Inzwischen sind die Folgen des Klimawandels auch in den Städten zu spüren. Beispielhaft genannt seien die Zunahme von Temperaturextreme, Probleme bei der Speicherung und Abführung von Starkregenereignissen und die potenzierte Folge von Stürmen.

Zurzeit sind die Städte global betrachtet ein wesentlicher Faktor bei den Ursachen der zu beobachtenden Klimaveränderungen. So finden ca. 75 % des globalen CO₂-Ausstoßes und ca. 75 % des globalen Energieverbrauchs in Städten statt.

Die Städte haben aber auch das Potenzial, einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Probleme zu leisten. Vergleichsweise kompakte Strukturen und die Bevölkerungsdichte bieten günstige Voraussetzungen. Genannt seien als optionale Handlungsfelder die Baustrukturen, die Freiraumstrukturen, der Verkehr, Energieproduktion und -verbrauch, die Abfallbehandlung, die Wasserver- und entsorgung und das breite, allerdings auch bisher nur unscharf definierte, Feld der „Smart-City“.

Potenziale sind z.B. die größere Energieeffizienz im Verkehrsbereich durch vergleichsweise kürzere Distanzen bei hoher Nutzerdichte, und größere Anteile des „Umweltverbundes“ am Modal-Split, eine größere Energieeffizienz bei Heizungs- und Kühlsystemen durch kompakte Gebäudestrukturen sowie netzbasierte Energiesysteme wie zum Beispiel die Kraft-Wärme-Kopplung, der geringere spezifische Energieverbrauch bei städtischer Infrastruktur infolge größerer Nutzerdichte.

Allerdings gibt es sowohl zwischen den einzelnen Handlungsfeldern als auch innerhalb der Felder Zielkonflikte. Sollen also die Potenziale ihre Wirkung so optimal wie möglich entfalten, bedarf es einer sorgfältigen Abwägung.

Am Beispiel des Aspekts „Dichte“ soll das in Kürze verdeutlicht werden. Sie ist, wie bereits oben skizziert, eine wichtige Eigenschaft von Städten in mehrfacher Hinsicht. Einwohner-/Nutzerdichte wie auch bauliche Dichte sind wichtige Voraussetzung für „Urbanität“ in ihren unterschiedlichen Facetten einerseits und andererseits für die effiziente Nutzung von Strukturen.

Die von Bevölkerungswachstum geprägten Städte stehen zurzeit vor der Herausforderung, bebaubare Flächen, insbesondere zur Schaffung von Wohnraum, zu mobilisieren. Die Möglichkeiten zur neuen Nutzung von brach gefallenen Industrie-/Gewerbeflächen, Bahnarealen und Militärliegenschaften sind oft ausgeschöpft oder stehen nicht (mehr) zur Verfügung. Vielerorts wird nun versucht, Freiräume in Bestandsquartieren für eine zusätzliche Bebauung zu nutzen. Dies ist zwar ein im Einzelfall denkbarer Baustein zur Mobilisierung von Bauland, er bedarf aber einer sorgfältigen Prüfung, um nicht Gefahr zu laufen, Qualitäten der Stadtentwicklung im Hinblick auf im Laufe der letzten Jahrzehnte geschaffene Freiraumstrukturen wieder aufzugeben.

Die Folge unverträglicher Verdichtung wäre ein Verlust an Attraktivität der Stadt als Lebensraum, gerade auch für jüngere Familien. Zunehmende Widerstände aus der Bevölkerung zeigen, dass diese Problematik, allerdings nicht in jedem Fall zu Recht, wahrgenommen wird. Es besteht aber auch die Gefahr der Verstärkung des Entstehens von „Hitzeinseln“. Sowohl allgemeine stadtentwicklungspolitische Ziele als auch explizite Klimabelange drohen bei zu hoher Verdichtung konterkariert zu werden.

„Dichte“ ist also kein Wert an sich und es ist daher nicht auszuschließen, dass es nach sorgfältiger Abwägung geboten ist, einer Neuversiegelung von Flächen den Vorzug zu geben, trotz des unzweifelhaft richtigen Zieles, diese auf ein Mindestmaß zu begrenzen.

So plant in der Bundesrepublik zurzeit selbst die Stadt Freiburg, eine der Vorreiterinnen nachhaltiger Stadtentwicklung, mangels tragfähiger Alternativen ein neues Baugebiet für ca. 10.000 Einwohner unter Inanspruchnahme bisher unversiegelter Flächen.

Von besonderer Bedeutung ist gerade aber auch angesichts der Notwendigkeit eines sparsamen Umgangs mit den Flächen die regionale Zusammenarbeit. Auch sie fördert die Optimierung der Flächennutzung und effiziente Ausnutzung (bestehende) Infrastruktur. Die Thematik kann an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden. Als ermutigendes Beispiel dafür, dass diese Erkenntnis zunehmend Verbreitung erfährt, sei auf den "Regionalen Flächennutzungsplan" von sechs Städten in der Region Ruhr hingewiesen.

ÖKONOMISCHER STRUKTURWANDEL

Die Ökonomie der Zukunft wird stark beeinflusst durch die „digitale Revolution“. Diese birgt durchaus die Chance, sich zu Gunsten der Städte auszuwirken. Die zu beobachtenden neuen Formen der Kultur- und Wissensproduktion haben häufig eine Affinität zu innerstädtischen Quartieren.

Die Stadt übernimmt dabei die Funktion eines „Zufallsgenerators“¹ für Kontakte, Informations- und Austauschgelegenheiten. Sie ist wesentliche Voraussetzung für neue Formen von Beschäftigung und neue urbane Lebensstile.

Die Geschwindigkeit des Strukturwandels ist dabei enorm. So wird die „digitale Revolution“, ganz wesentlich auch die weitere Entwicklung des industriellen Sektors, beeinflussen. In der Bundesrepublik firmiert dieser Prozess unter dem Begriff „Industrie 4.0“. Die Auswirkungen auf die Allokation der Produktionsstandorte und damit der Arbeitsplätze ist zurzeit noch kaum absehbar.

Nicht ausgeschlossen ist, dass sich aufgrund dieser Entwicklung weitere Möglichkeiten einer stärkeren Nutzungsmischung ergeben. Auch dieses, zum Beispiel im Hinblick auf „kurze Wege“ unter Umweltaspekten grundsätzlich richtige Ziel bedarf allerdings einer sorgfältigen Prüfung vor dem Hintergrund der jeweiligen örtlichen Rahmenbedingungen. Zur nach wie vor bestehenden Notwendigkeit der Reduzierung unverträglicher Beeinträchtigungen der Funktion „Wohnen“ durch unterschiedliche Lärmquellen, so neben dem Gewerbelärm durch Verkehrslärm, müssen (rechtliche) Steuerungsinstrumente zur Verfügung stehen. Die gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch übermäßigen Lärm sind inzwischen durch zahlreiche Untersuchungen nachgewiesen. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang ferner auf die soziale Komponente. Wie Analysen zeigen, sind in Städten häufig gerade die Wohnstätten sozial schwächerer Schichten in Bereichen, die stärkeren Lärmimmissionen ausgesetzt sind.

¹ Häußermann, Hartmut/Läpple, Dieter/Siebel, Walter : Stadtpolitik, S.369; Edition Suhrkamp, Bd.2512, Suhrkamp Verlag; Frankfurt/Main 2008